



Der »Si Se Puede«-

Eine Klassenanalyse

Einleitung: Die Unsichtbaren werden sichtbar

Zwischen dem 24. März und dem 1. Mai 2006 gab es mehr Demonstrationen an mehr Orten mit größerer Beteiligung als je zuvor in einem sechswöchigen Zeitraum in der Geschichte der USA. Tagelang überfluteten Märsche von über einer halben Million Menschen die Zentren von Großstädten wie Los Angeles, Chicago, New York und Dallas und legten den Geschäftsverkehr lahm. Gleichzeitig fanden Hunderte kleinerer Versammlungen in Städten wie Charlotte/North Carolina, Milwaukee/Wisconsin, Salem/Oregon oder Philadelphia/Pennsylvania statt. Begleitet wurde dieses öffentliche Zusammenströmen von Menschen von Dutzenden von Schülerstreiks im ganzen Land und von einem landesweiten »Generalstreik« von ImmigrantInnen am Ersten Mai, der von Hunderttausenden, vielleicht sogar Millionen von ArbeiterInnen befolgt wurde, einschließlich LKW-Fahrern, die den Hafen von Los Angeles lahmlegten (eine der Hauptversorgungsadern im Güterverkehr mit China, Südkorea und Japan). Die Demonstranten forderten die Legalisierung aller ImmigrantInnen ohne Papiere und die Rücknahme von drakonischen Gesetzesvorhaben gegen ImmigrantInnen. Während dieser sechs Wochen brachten sie immer wieder den den Produktions-, Zirkulations- und Reproduktionskreislauf in den USA zum Erliegen oder ins Stocken. Zur Parole dieser bemerkenswerten Demos, deren Größe immer wieder sowohl die Organisatoren als auch die Behörden überraschte, wurde »Si Se Puede« [spanisch für: »Doch, es geht!], womit sie ihr Bewusstsein ausdrückten, dass es in den Americas eine neue politische Macht gibt.

Obwohl die Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Streiks ausgesprochen geordnet und friedlich verliefen, beschrieb ihr härtester Gegner, die immigrantenfeindliche Bürgerwehrguppe Minuteman Project, sie als »Aufstand«. Und es war

tatsächlich ein Aufstand, zumindest im juristischen Sinn von »organisierter Opposition oder Widerstand gegen eine Regierung oder bestehende Autoritäten«, denn die Demos bestanden zum großen Teil aus ArbeiterInnen ohne Papiere, ihren Familien, FreundInnen und Unterstützern, die strenggenommen »illegal« und »Kriminelle« waren und doch forderten, *sie* sollten »entkriminalisiert« werden! Millionenfach skandierten sie »Wir sind Arbeiter, keine Verbrecher!« und bezeichneten damit die Absicht der Regierung, sie noch weiter zu kriminalisieren, als das eigentliche Verbrechen. Tatsächlich wurde auf diesen Demonstrationen das Symbol der USA schlechthin, die »Stars and Stripes«-Flagge, die die Rechte in den USA – besonders nach dem 11. September 2001 – auf unerträgliche Weise als Angriffswaffe gegen ImmigrantInnen benutzt hatte, umgedreht und dem Staat aus der Hand genommen. Wenn den Minutemen am 1. Mai 2006 etwas weh getan hat, dann wohl der Anblick von Zehntausenden amerikanischer Flaggen in den Händen eines Meers von Menschen, die von ihnen als »kriminelle Gangster« und »Invasionsarmee« bezeichnet worden waren und die daraus jetzt ein Symbol *ihres* Kampfes machten.

Natürlich müssen wir unbedingt die Ursachen für dieses politische Erdbeben wissen. Jeder Versuch aber, die Ursache von wichtigen Entwicklungen in der Geschichte der Arbeiterklasse herauszufinden, muss davon ausgehen, dass diese sowohl *überdeterminiert* (da sie meist mehrere, untereinander oft widersprüchliche Ursachen haben) als auch *unterdeterminiert sind* (da an ihnen immer neue Kräfte beteiligt sind, die aus kollektiven Handlungen entstehen). Mit dieser Warnung im Sinn werde ich zwei Arten von Erklärung für das Aufkommen der ImmigrantInnenbewegung in diesem Jahr vorstellen, eine offensichtliche, historische und legalistische und eine, die von einer Klassenanalyse der gegenwärtigen politischen Zusammensetzung

Aufstand:

»Und als er sich weigerte, mich, einen lebendigen Menschen,
über den Acheron in die Hölle zu übersetzen,
was sagte ihm mein Kojote Vergil drauf:
»Charon, nicht erbose dich. Dort, wo der Wille Macht ist,
ward sie verhängen, diese Reise ohne Papiere.
Dies sei genug, nicht weiter frage mich.«
Dante, Inferno, Dritter Gesang, Vers 32

sowohl der Arbeiterklasse als auch des Kapitals in den USA ausgeht. Zusammengenommen können diese Erklärungen uns helfen, ein klareres Bild von der Landschaft der von der neuen ImmigrantInnenbewegung aufgemachten politischen Möglichkeiten zu zeichnen.

Die offensichtliche Ursache: Die Einwanderungsgesetzgebung

Es ist nicht schwer, den offensichtlichen Auslöser für die »Si Se Puede«-Demos zu finden. Man konnte ihn immer auf ihren Transparenten lesen, »HR 4437«, die Bezeichnung eines Gesetzesentwurfs unter dem Titel »Gesetz zum Schutz der Grenze, gegen Terrorismus und zur Kontrolle der illegalen Einwanderung 2005«. Oft wird er auch nach dem republikanischen Kongressabgeordneten aus Michigan, der ihn eingebracht hat, als »Sensenbrenner Act« bezeichnet. Das Abgeordnetenhaus nahm diesen Entwurf am Freitag, dem 16. Dezember 2005, mit 239 zu 182 Stimmen an. Noch ist er nicht in Kraft, da der Senat seinen eigenen Einwanderungsgesetzesentwurf verabschieden muss – was er am 25. Mai 2006 unter der Bezeichnung S 2611 getan hat – und die beiden Entwürfe dann in einem »Ausgleichsverfahren« zu einem gemeinsamen Gesetz zusammengelegt werden müssen, bevor dieses dann dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt wird, so er nicht sein Veto dagegen einlegt.

HR 4437 ist das, was man ein »reines Erzwingungsgesetz« nennt, denn es versteht die Einwanderung ohne Papiere im Sinne der »Verbrechensbekämpfung«, d.h. es definiert einen Tatbestand und legt Strafen fest, um Verstöße dagegen zu bestrafen und zu »bekämpfen«. Erstens definiert es einen neuen gesetzlichen Straftatbestand (ähnlich älteren Straftatbeständen zum Schutz von Privatgrundstücken wie den Wildereigesetzen, nun aber bezogen auf das Staatsgebiet der USA), den »rechtswidrigen oder illegalen Aufenthalt«, worunter

jeglicher Verstoß gegen ein Gesetz oder einer Vorschrift zur Einwanderung fällt, auch gegen rein technische. Dieses Verbrechen würde dann als »schwere Straftat« gewertet wie andere schwere Verbrechen – etwa »Hate Crimes«¹ – zu zusätzlichen Strafen führen, in diesem Fall etwa zu zeitlich unbegrenzter Haft oder beschleunigter Abschiebung. Außerdem würden normalen ImmigrantInnen ohne Papiere viele Formen des behördlichen oder gerichtlichen Rechtswegs verweigert. »Im Kern macht das Gesetz aus jedem noch so kleinen Verstoß gegen Einwanderungsbestimmungen eine Bundes-Straftat.«² (Justice for Immigrants 2006)

Zweitens würde »jeder Mensch oder jede Organisation, die einem Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere wissentlich oder »grob fahrlässig« hinsichtlich des Rechtsstatus dieses Menschen »hilft«, sich in den USA »aufzuhalten oder zu bleiben«, strafrechtliche Verfolgung und bis zu fünf Jahren im Gefängnis riskieren.« Nach diesem Gesetz könnten Kirchenleute, die einem Menschen ohne Papiere Unterkunft oder andere Grundversorgung gewähren, verfolgt werden, und »bei der Ausführung dieser Tat benutztes Eigentum beschlagnahmt und eingezogen« werden (Justice for Immigrants 2006). Gewerkschafts-Organizer, die Produktionsstätten, in denen überwiegend ImmigrantInnen ohne Papiere arbeiten, gewerkschaftlich organisieren, könnten ebenfalls verfolgt werden. Der Gesetzesentwurf sieht auch Sanktionen gegen Unternehmer vor, d.h. wer ohne Papiere in den USA arbeitet, würde eine Straftat begehen und sein/ihr Arbeitgeber wäre dabei ein Komplize.

Das Gesetz hat noch andere Aspekte wie:

- Die Heimatschutzbehörde DHS soll entlang der Grenze im Südwesten auf über 1000 km Zäune bauen (und die über 3000 km lange Grenze weiter militarisieren).

¹ In den USA werden durch ein Bundesgesetz von 1992 aus Hass oder Vorurteil motivierte Straftaten aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Religion, der Geschlecht, der sexuellen Orientierung usw. des Opfers als *Hate Crimes* (Verbrechen aus Hass) bezeichnet. Eine als *Hate Crime* eingestufte Straftat wird nach den Strafgesetzbüchern vieler Einzelstaaten schwerer bestraft als eine vergleichbare Tat aus anderen Motiven. [Anm. d. Übers.]

² Ein Großteil des US-amerikanischen Strafrechts ist in den Strafgesetzbüchern der Einzelstaaten festgelegt. Wer nach Staatsrecht verurteilt wird, landet in einem Staatsgefängnis. Am 31.12.2004 waren das laut US-Justizministerium 1244311 Menschen. Es gibt aber auch ein Bundesstrafrecht und Bundesknäste. Dort saßen gleichzeitig 170535 Menschen. Dazu kamen 713990 Menschen, die wegen Vergehen wie Fahren ohne Führerschein in Gemeinde- oder Kreisgefängnissen saßen. (Quelle: www.ojp.usdoj.gov/bjs/pub/pdf/p04.pdf) [Anm. d. Übers.]

- »Beamte der einzelstaatlichen und lokalen Polizeibehörden sind ermächtigt, die Einwanderungsgesetzgebung des Bundes durchzusetzen. Einzelstaatliche und lokale Verwaltungen, die die Mitarbeit verweigern, würden Fördergelder des Bundes verlieren.«
»Das Fälschen von Dokumenten würde als schwere Straftat eingestuft und bei einem Asylsuchenden zur Abschiebung und einer Wiedereinreiseperrre führen.« (*Justice for Immigrants* 2006)

HR 4437 ist mit anderen Worten die Art von Gesetz, nach der die Anti-Einwanderungsbewegung schon lange ruft. Es stempelt ImmigrantInnen ohne Papiere schlicht und einfach zu Verbrechern, die man vor Gericht stellen, aburteilen, ins Gefängnis stecken und danach abschieben muss. Träte das Gesetz in Kraft, würde es fast jede/n in den USA (nicht nur Polizeibeamte) entweder zu Gesetzesbrechern oder zu Gesetzeshütern oder zu Komplizen der Gesetzesbrecher machen.

Nach der Verabschiedung von Sensenbrenners Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus Ende Dezember 2005 ging der Kongress in die Parlamentsferien, und seitdem ist auf Gesetzgebungsebene nicht mehr viel passiert, da der zweite Schritt in diesem Verfahren dem Senat oblag. In der Weihnachtszeit ging die Beunruhigung über das Gesetz aber schnell durch die katholischen Kirche, die Gewerkschaften und die ImmigrantInnenrechtsorganisationen. Von meinen GenossInnen in der Bewegung für die Rechte der eingewanderten ArbeiterInnen weiß ich, dass sie HR 4437 nach einem Jahrzehnt voller legislativer Niederlagen als Endspiel ansahen. Übereinstimmend meinten sie, wenn der Sensenbrenner-Entwurf Gesetz würde, müssten auch sie ins Gefängnis, wenn sie ihre Arbeit fortsetzten!

Zweieinhalb Monate später fand in den ImmigrantInnen-Communities der USA eine verblüffende Wandlung statt, die Leute mit religiösen Neigungen als Wunder empfinden könnten. Offensichtlich war die düstere Botschaft der Auswirkungen von HR 4437 in diesen Communities angekommen: *Wenn nicht etwas Drastisches unternommen würde, würde der Senat einen ähnlichen Entwurf verabschieden und Präsident Bush ihm nach einigem Gemaule mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verleihen.* Besonders die ImmigrantInnen ohne Papiere mussten diesen Winter eine wichtige Entscheidung treffen. Sollten sie das Risiko eingehen, sich gesellschaftlich sichtbar zu machen, um gegen HR 4437 zu protestieren, obwohl sie in den USA nur aufgrund ihrer Unsichtbarkeit überlebten? Millionenfach entschieden sie sich für das individuelle und kollektive Risiko, öffentlich zu erklären, dass

sie ArbeiterInnen und keine Verbrecher sind (und stellten damit implizit jene, die sie zu Verbrechern stempeln wollen, selbst als Verbrecher hin).

Der ImmigrantInnenaufstand auf den Straßen der USA in diesem Frühling hat die politische Dynamik hinter HR 4437 mit Sicherheit zum Stehen gebracht. Die Senatoren führten erbitterte Debatten über eine Reihe von Gesetzesentwürfen zur Einwanderung, aber sie lehnten es entschieden ab, eine Kopie des Sensenbrenner-Entwurfs zu verabschieden. Vielen wurde klar, dass HR 4437 dermaßen weitgehend und drakonisch war, dass es in Wirklichkeit dazu beitrug, die ImmigrantInnen, besonders diejenigen ohne Papiere, zu vereinen. Mit Sorge sahen sie die riesigen Demonstrationen und den bundesweiten Streik am 1. Mai und kamen zum Schluss, dass sie einen Weg finden mussten, um die mächtigste, sich selbst als solche verstehende Bewegung der Arbeiterklasse seit Mitte der 1970er Jahre zu untergraben. Am 25. Mai verabschiedete der Senat mit 62 zu 36 Stimmen seinen eigenen Gesetzentwurf, S 2611. Dieses Gesetz enthält zwar eine ganze Reihe von Strafmaßnahmen ähnlich HR 4437, bietet aber immerhin *einigen* Illegalen die Möglichkeit, ihren Status zu legalisieren.

In diesem Gesetz wandte der Senat eine klassische Strategie an, um die neue Macht und Einheit der eingewanderten ArbeiterInnen zu zerschlagen: teile und herrsche. S 2611 spaltet die Gruppe der ImmigrantInnen ohne Papiere buchstäblich in drei sich gegenseitig ausschließende Untergruppen auf: (a) weniger als zwei Jahre Aufenthalt in den USA, (b) zwischen zwei und fünf Jahren Aufenthalt in den USA und (c) mehr als fünf Jahre Aufenthalt in den USA. Mitglieder von Gruppe (a) müssen sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes das Land verlassen oder mit Abschiebung rechnen. Mitglieder von Gruppe (b) »müssen das Land verlassen und die Wiedereinreise mittels eines heute noch nicht bekannten Verfahrens beantragen«. Mitglieder von Gruppe (c) dürften bleiben und die Einbürgerung beantragen, vorausgesetzt sie zahlen ihre Steuern nach, lernen Englisch und sind nicht schwer vorbestraft.« Offensichtlich dachten die Senatoren, dass diese Spaltung viele der ImmigrantInnen ohne Papiere, besonders aus Gruppe (c), in Versuchung bringen würde, sich gegeneinander zu wenden.

Ich sollte noch betonen, dass dieses Gesetz zwar nicht wie HR 4437 alle ImmigrantInnen ohne Papiere zu Verbrechern oder Terroristen macht, aufgrund seiner anderen, nicht so breit diskutierten Bestimmungen aber fast genauso drakonisch wirkt. Dazu gehören:

- 6.000 Nationalgardisten würden zur Unterstützung der Beamten der Border Patrol für den Grenzdienst abgestellt werden, es würden

Gelder für die Luftüberwachung und den Bau eines über 500 km langen Grenzzauns oder einer Mauer entlang der mexikanischen Grenze bereitgestellt werden. Laut Asian American Legal Defense and Education Fund (Asiatisch-Amerikanischer Rechtshilfe- und Bildungsfond) führt das Gesetz zu einer »starken Ausweitung der Haft- und Abschiebungspraxis und zur weiteren Militarisierung der Grenze«.

- Laut David Bacon »führt die Senatsvorlage außerdem zeitlich befristete Gastarbeiterprogramme ein, die es Arbeitgebern erlauben, im Ausland Arbeiternehmer mit befristeten Visa anwerben können. Diese neuen Vertragsarbeiter wären schutzlos dem Druck der Arbeitgeber ausgesetzt, da ihr Aufenthaltsstatus von ihrem Arbeitsvertrag abhinge.« (Bacon 2006) »Der Entwurf macht Dokumentenbetrug zu einer schweren Straftat und einem Abschiebungsgrund und kriminalisiert damit jene Millionen von ImmigrantInnen, die ihren Arbeitgebern falsche Sozialversicherungskarten vorlegen mussten, um eingestellt zu werden.« (Bacon 2006)

Nächster Schritt im Gesetzgebungsverfahren sind die Verhandlungen um das »Ausgleichsverfahren« von HR 4437 und S 2611. Ohne die »Si Se Puede«-Demonstrationen hätte die politische Initiative völlig in der Hand der Politiker gelegen. Doch nach dem 1. Mai 2006 geht ein neues Subjekt auf den Korridoren des Kongresses um, die ImmigrantInnen ohne Papiere, und diese unvorhergesehene und unvorhersehbare Präsenz führt in den dortigen Beratungen zu einer neuen Behutsamkeit. Bei den ImmigrantInnenrechte-AktivistInnen gibt es jetzt sogar Hoffnung, dass diese Beunruhigung im Kongress das Ausgleichsverfahren scheitern lässt. Wenn das geschieht, dann gibt es in diesem Jahr kein neues Einwanderungsgesetz, was vielleicht das bestmögliche Ergebnis und ohne die »Si Se Puede«-Demonstrationen nicht möglich gewesen wäre.

Im obigen Bericht habe ich also das besondere »Wer, was, warum und wann« dieser Demonstrationen erklärt, wenn auch das Ende der Geschichte noch offen bleibt. In einem anderen Sinn ist jedoch noch vieles unerklärt geblieben. Warum z.B. gibt es überhaupt zwischen elf und zwölf Millionen ImmigrantInnen ohne Papiere in den USA? Warum ist der Kongress beim Thema Einwanderung so gespalten? Wie kamen die ImmigrantInnen ohne Papiere auf die Idee, sie könnten auf solch dramatische Weise politisch sichtbar werden? Um diese Fragen nach dem Rahmen der Geschichte zu beantworten, müssen wir einen anderen, zuweilen unterirdischen Weg durch die Analyse der gegeneinander und in sich selbst kämpfenden Klassen einschlagen. Dieser Weg ist nicht ganz einfach, aber

die Parole der Bewegung – »Wir sind Arbeiter, keine Verbrecher« – verweist uns auf ihn. Denn völlig zurecht sehen sich die ImmigrantInnen in der Geschichte der US-Arbeiterklasse in einer Hauptrolle.

Das Dilemma des Kapitals: Flexibilität der Arbeit vs. Arbeiterautonomie

Eine Klassenanalyse der »Si Se Puede«-Demos ist ein bisschen teuflisch, denn die Frage der Einwanderung, besonders von ArbeiterInnen ohne Papiere, spaltet in den USA ArbeiterInnen und Kapitalisten. Folglich werden in dieser Analyse viele »seltsame Bettgenossen« und noch seltsamere Siege und Niederlagen offengelegt. Es gibt bei diesem Thema keine klar umrissene Klassentrennung, daher ist es wichtig, dass wir unsere Begriffe mit Bedacht wählen. Überdenkt mal zwei Rätsel: 1. Obwohl die Anti-Einwanderungspolitik der letzten Jahre immer mit den Republikanern identifiziert wird, sind viele Kapitalisten, die normalerweise die Positionen der Republikaner bevorzugen, strikt gegen Gesetze wie HR 4437. 2. Obwohl die AFL-CIO³ eine Legalisierung von ArbeiterInnen ohne Papiere unterstützt, sind viele weiße, manche schwarze und sogar einige hispanische⁴ ArbeiterInnen dagegen, weil sie die Papierlosen für eine Bedrohung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen halten. Man kann also nicht einfach schließen, dass die Kapitalistenklasse gegen die Forderungen der »Si Se Puede«-DemonstrantInnen und die Arbeiterklasse dafür ist. Es gibt eine komplizierte Reihe von Bedingungen und Dilemmata, mit denen beide Klassen jetzt kämpfen.

Sehen wir uns zunächst die Kapitalisten an. Seit 1965 die sehr restriktiven Einwanderungsgesetze aus den 1920er Jahren aufgehoben und die jährliche Quote für Einwanderer, besonders aus Südamerika und Asien, schrittweise erhöht wurde, hat das US-Kapital die offizielle Einwanderung mit Papieren weitgehend unterstützt. Natürlich war es kein Zufall, dass 1965 auch der Voting Rights Act⁵ und damit der juristische Anfang vom Ende des US-Apartheid-Regimes kam. In dem Moment, als die schwarzen Arbeiter mehr Rechte im Verkauf ihrer Arbeitskraft bekamen, begann das Kapital die Zahl der ImmigrantInnen aus aller Welt hochzufahren.

Aber Kapitalisten wollen nicht einfach irgendeine eingewanderte ArbeiterIn irgendwann und irgendwo. Sie wollen, dass er/sie eine bestimmte Qualifikation und Ausbildung, Physiognomie, Fügsamkeit und Kosten hat. Eine ihrer wichtigsten Fragen ist, ob der Boss die ImmigrantInnen nach Belieben heuern und feuern kann und ob man sie zum Verlassen des Landes zwingen kann, »wenn sie unerwünscht sind«. »Flexibilität der Arbeit«

3 American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations: amerikanischer Gewerkschaftsdachverband. [Anm. d. Übers.]

4 Eigentümliche rassische Kategorie, mit der in den USA LateinamerikanerInnen bedacht werden. [Anm. d. Übers.]

5 Mit diesem »Gesetz zur Sicherstellung der Möglichkeit der Wahlbeteiligung für Minderheiten« wurde v.a. für die Schwarzen in den Südstaaten das Wahlrecht faktisch durchgesetzt, indem Lese- und Schreibprüfungen vor der Registrierung als WählerIn und andere Schikanen abgeschafft wurden. [Anm. d. Übers.]



nennen sie das, und die Kapitalisten schätzen sie sehr, weil sie ihnen die Macht der Entscheidung gibt, ob sie einen Arbeiter benutzen oder abschieben.

Das Problem mit offiziell anerkannten eingewanderten ArbeiterInnen mit verschiedenen Formen von Arbeitsberechtigung ist, dass sie innerhalb relativ kurzer Zeit eine Aufenthaltserlaubnis und dann die Staatsbürgerschaft bekommen können, mit allen Rechten amerikanischer ArbeiterInnen (wie mager sie auch sein mögen). Dieser Übergang verringert ihre individuelle wie kollektive »Flexibilität«.

Diese Situation hat zur Entwicklung einer alternativen Quelle eingewandeter Arbeitskraft geführt – der ArbeiterIn ohne Erlaubnis oder Papiere, die ohne offizielle Zustimmung in die USA kommt und daher nicht den vertraglichen Schutz hat, den andere Arbeiter normalerweise haben. Diese beinahe rechtlosen ArbeiterInnen sind so überaus »flexibel«, dass Kapitalisten sie entlassen, nicht einmal für ihre Arbeit bezahlen und damit straflos durchkommen können. Eingewanderte ArbeiterInnen ohne Papiere sind somit sehr gefragt, besonders von Kapitalisten in Branchen, wo die Mechanisierung zu teuer ist und es relativ wenige eingeborene US-ArbeiterInnen gibt. Laut dem Pew Hispanic Center machen die ArbeiterInnen ohne Papiere mittlerweile beinahe fünf Prozent der US-LohnarbeiterInnen aus (*Migration News* 2006a). Aber diese »Flexibilität der Arbeit« für den low-tech-Kapitalisten kann sich ins genaue Gegenteil verkehren, in »Arbeiterautonomie« für ArbeiterInnen ohne Papiere, die genau diesen ihren Status als inoffizielle ArbeiterInnen dazu benutzen, zu kommen und zu gehen, wie es *ihnen* passt, unabhängig von den Mikro- oder Makro-Beschäftigungsbedingungen. Sie *können* eben diese ihre Situation ohne Papiere dazu nützen, ihre Lebensbedingungen zu gestalten und auf *beiden* Seiten der Grenzen, die sie überqueren, Communities zu schaffen, die ihren selbst in Gang gesetzten Bewegungen nützen. Die Papierlosen *können* ihren rechtlosen Status in eine Macht der Bewegung umdrehen.

Wenn diese *Könnens* in Handeln und Gewohnheiten verwirklicht werden, sodass eine ganze Welt von grenzüberschreitenden Bewegungen unabhängig von den Bedürfnissen des Kapitals entsteht, dann verwandelt sich die Flexibilität der Arbeit in Arbeiterautonomie.

Es gibt Hinweise darauf, dass diese Verwandlung in den USA stattfindet, und das Auftreten der »Si Se Puede«-Bewegung ist definitiv ein Beleg dafür. So gesehen sind die Kapitalisten jetzt in einer ähnlichen Situation wie beim Entstehen des »Hobo-Arbeiters« Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts (nach Coxey's Marsch auf Washington)⁶. Zuerst waren die Kapitalisten im Westen froh, dass Arbeiter ihr Heim verließen (oder verloren) und Hobos wurden, die die Eisenbahn benutzten, um den Ernten zu folgen (und sich zu zerstreuen, wenn die Felder abgeerntet waren), in neue Bergbaugelände zu schwärmen (und sie zu verlassen, wenn das Flöz erschöpft war) oder in die Wälder zu gehen und riesige Bäume zu fällen (und zu verschwinden, sobald der Bauboom vorbei war). Das war die Arbeitsflexibilität, die sie dringend brauchten. Doch als die Hobos begannen, die Eisenbahn kostenlos zu benutzen, um ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und kämpfende Organisationen wie die *Industrial Workers of the World* (IWW) zu ihrer Verteidigung aufzubauen, begann sich diese Flexibilität für die Kapitalisten in etwas Hässliches zu verwandeln, nämlich in eine gewisse Arbeiterautonomie. In einer abgelegenen Bergbaustadt etwa, wo IWW-Organisierer verhaftet worden waren, fielen Hunderte von Hobos ein, die über 1000 Meilen entfernt auf Güterzüge gesprungen waren, und überwältigten die örtlichen Polizeikräfte.

Im ersten Teil des 20. Jahrhunderts kämpften die Kapitalisten untereinander um eine Strategie zur Erhaltung der Flexibilität der Hobos bei Zerstörung ihrer Autonomie. Schließlich wurde von den Palmer Raids⁷ 1919 über die Angriffe der Eisenbahnpolizei auf »Hobo-Dschungel« bis zu den Wohnungsbauprogrammen des New Deal eine komplexe Strategie von Gewalt und Anreizen ausgearbeitet, die die Autonomie der Hobo-ArbeiterInnen schrittweise auslöschte.

Heute stecken die Kapitalisten in den USA in einem ähnlichen Dilemma. Der Konflikt zwischen den Kapitalisten, wie er sich in den Kongress-Debatten dieses Frühjahrs niederschlug, geht nicht darum, ob die Einwanderung, mit oder ohne Papiere, profitabel ist. Darüber sind sie sich einig. Ihr Problem besteht darin, die Autonomie der Wanderarbeiter zu zerstören und dabei ihre Flexibilität zu erhalten und noch genauer zu kontrollieren. Dazu werden raffinierte und oberflächlich gesehen widersprüchliche Politiken nötig sein. Sobald wir dieses Dilemma verstehen, können wir den Konflikt

⁶ Protestmarsch von Arbeitslosen unter Führung des Populisten Jacob Coxey 1894 im zweiten Jahr der bis dahin schwersten Wirtschaftskrise der USA. 100 Männer marschierten in Ohio los, 500 kamen in Washington an. Sie forderten vom Staat die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Straßenbau und andere öffentliche Projekte. [Anm. d. Übers.]

⁷ Nachdem am 2. Juni 1919 in acht amerikanischen Städten Bomben explodiert waren, unternahm der amerikanische Generalbundesanwalt Alexander M. Palmer (mit Hilfe seines damals 24-jährigen Assistenten, des späteren FBI-Chefs J. Edgar Hoover) mit großer Medienunterstützung eine Reihe von Razzien auf linke Organisationen und radikale GewerkschafterInnen. Zwischen Herbst 1919 und Januar 1920 wurden über 10000 Menschen festgenommen und vielfach ins Ausland abgeschoben – z.B. die prominenten AnarchistInnen Emma Goldman und Alexander Berkman in die Sowjetunion. [Anm. d. Übers.]

zwischen den Unterstützern von HR 4437 und S 2611 klarer verstehen, nämlich nicht als Schlacht um alles oder nichts, sondern als Meinungsverschiedenheit darüber, wieviel Repression ausreicht, um die Arbeiterautonomie zu zerstören, und wie verlockend die Anreize bleiben müssen, um die Arbeitsflexibilität aufrechtzuerhalten. Die Mischung ist nicht leicht zu bestimmen und muss ständig neu bewertet werden, da der Gegenstand, auf den sie sich richtet, offensichtlich dabei ist, auf eben diese gerade entwickelte Politik und auf größere Kräfte in der weltweiten politischen Ökonomie zu reagieren.

Sicher gibt es da jede Menge Diskussionsbedarf, da die empirischen Folgen der Verabschiedung eines Gesetzes wie HR 4437 schwer vorauszusagen sind. Ein solches Gesetz zielt darauf ab, die *Autonomie* der Einwanderung zu zerstören, indem nicht nur einzelne ImmigrantInnen ohne Papiere kriminalisiert werden, sondern auch die Organisationen, die im Zentrum einer unterstützenden ImmigrantInnen-Community stehen: die Kirche, die Gewerkschaft, die Ortsverbände der Parteien und das Netzwerk aus Familie und Freunden und Kollegen aus der Heimat. Das Problem an einem solchen Gesetz ist aus der Sicht des Kapitals, dass es bei erfolgreicher Anwendung so starr wäre, dass es die kapitalistische Funktion der Einwanderung – die Aufrechterhaltung der Arbeitsflexibilität – zerstören und sich damit als schlimmere Katastrophe herausstellen könnte! Denn das Problem des Kapitals ist, dass die ArbeiterInnen die Einwanderung als Mittel benutzen, *ihre* Agenda zu verfolgen und nicht mehr von *seinen* vom »Arbeitsmarkt« erzeugten Signalen beherrscht werden. Mit seiner ungeschickten Vermischung der Kategorien »illegaler Einwanderer« und »Terrorist« erzeugt HR 4437 einen gewaltigen rhetorischen Effekt, der das System zu einer Starrheit zwingt, die seinen *Daseinsgrund* untergraben kann. Immerhin werden Arbeitgeber, die ImmigrantInnen ohne Papiere einstellen aus Sicht dieses Gesetzes mit Verrätern und einer »fünften Kolonne« gleichgesetzt!

Wenn ein drakonisches Gesetz wie HR 4437 aber andererseits systematisch zu lasch durchgesetzt wird, könnte der Kontrollverlust über die eingewanderten ArbeiterInnen noch drastischer ausfallen. Denn aus der kapitalistischen Sicht der Arbeitskraft ist eine faule, zahnlose, bellende Bulldogge als Hirtenhund über die Arbeitskraft sogar noch weniger effektiv als ein scharfer Terrier mit spitzen Zähnen.

Die Verteidiger von HR 4437 könnten darauf verweisen, dass die ImmigrantInnen ohne Papiere angesichts der ökonomischen Verwüstung der ehemaligen Kolonien durch den Neoliberalismus

auch dann kommen und es drauf ankommen lassen würden, wenn das Gesetz buchstabengetreu durchgesetzt würde. Zu ihrer Verteidigung könnten sie auf die Todesschiffe voll von »Verdammten der Erde« ohne Papiere verweisen, die Tausende Dollars zahlen, um von Nordafrika das Mittelmeer zu überqueren und in Italien zu arbeiten, wo ein noch drakonischeres Einwanderungsgesetz (namens Bossi-Fini-Gesetz) gilt als HR 4437, und die oft trotz all ihrer Mühen ertrunken auf dem Meeresboden enden. *Daran* lässt sich die Verzweiflung auf diesem Planeten ermessen. Die für HR 4437 eintretenden Kapitalisten können behaupten, dass ImmigrantInnen ohne Papiere nach Verabschiedung des Gesetzes noch fügsamer, eingeschüchterter und sklavenähnlicher wären, besonders angesichts des offensichtlichen Scheiterns ihrer Bemühungen im »Si Se Puede«-Aufstand.

Doch diese ArbeiterInnen spielen heute eine dermaßen wichtige Rolle für das Funktionieren der US-Wirtschaft, dass viele kluge Köpfe nicht auf ein »Peitsche ohne Zuckerbrot«-Gesetz wie HR 4437 setzen wollen. Die Unterstützer von S 2611 (zu denen u.a. Präsident Bush und die Senatoren John McCain und Ted Kennedy gehören) behaupten, ihr Gesetz werde *repressiv genug* sein, um die Autonomie der Einwanderung zu beenden, aber *nicht so abschreckend*, dass es den notwendigen Strom an ImmigrantInnen in die USA unterbrechen würde, wie es von HR 4437 zu befürchten ist. Außerdem Sorge es mit seinem komplexen System, das die ImmigrantInnen ohne Papiere in drei Ebenen teilt (und dabei buchstäblich eine *Göttliche Komödie* der Arbeitsimmigration mit eigener Hölle, Fegefeuer und Paradies schafft), dafür die Durchsetzung des Gesetzes im Interesse von ArbeiterInnen liege, die schon über fünf Jahre in den USA sind. Kritiker von S 2611 argumentieren dagegen, es sei nicht stark genug, um die Autonomie der Einwanderer zu zerschlagen, und nur eine wahrhaft drakonische Gesetzgebung wie HR 4437 könne ihnen die Initiative aus der Hand nehmen. Die Vertreter des Kapitals diskutieren diese Positionen in einem sehr gespaltenen Kongress, denn das Problem der Einwanderungsgesetze besteht nicht einfach darin, die »illegale Einwanderung« zu stoppen. Die wirkliche Frage ist, wie man die Bedingungen der ArbeitsimmigrantInnen gleichzeitig so sklavenähnlich (d.h. ArbeiterInnen ohne Rechte) und so flexibel wie möglich (also d.h. ohne Reproduktionskosten) gestalten kann. Im Sommer 2006 haben sie jedoch ein zusätzliches Problem. Früher musste sich die Einwanderungsgesetzgebung nicht mit ihrem Gegenstand auseinandersetzen: der eingewanderten ArbeitIn. Diesmal muss sie es, dank des »Si Se Puede«-Aufstands.

**Das Dilemma der Arbeiterklasse:
Organisierungsmacht vs.
neues »ehernes Lohngesetz«**

Der »Si Se Puede«-Aufstand ist ein großer Augenblick in der Geschichte der US-Arbeiterklasse. Aber längst nicht alle ArbeiterInnen heißen ihn gut. Im Gegenteil ist ein bedeutender Segment der Arbeiterklasse laut Meinungsumfragen des Pew Hispanic Center gegen die Forderungen der DemonstrantInnen. Ihre Umfrage vom Februar 2006 unter 2 000 Erwachsenen (darunter zwangsläufig einem Großteil ArbeiterInnen) erbrachte folgendes: Auf die Frage, was mit den elf bis zwölf Millionen »Papierlosen« geschehen solle, antworteten 32 Prozent, sie sollten unbegrenzt bleiben dürfen; 32 Prozent wären für befristete Arbeitserlaubnisse; und 27 Prozent würden alle abschieben (Migration News 2006a). Offensichtlich gibt es innerhalb der US-Arbeiterklasse (einschließlich der ArbeitsimmigrantInnen) eine intensive Debatte darüber, ob ArbeitsimmigrantInnen im allgemeinen und solche ohne Papiere im besonderen die Macht der ArbeiterInnen stärken. Die beiden vernünftigsten Seiten der Debatte lauten: (a) da die ArbeitsimmigrantInnen eine führende Rolle in den Kämpfen um gewerkschaftliche Organisierung spielen, stärken sie die Arbeitermacht insgesamt, und (b) ArbeitsimmigrantInnen (besonders die ohne Papiere) senken die Löhne für in den USA geborene ArbeiterInnen, besonders Schwarze und Latinos, und schwächen die Arbeitermacht.

Hauptsächlich basierend auf der ersten Position untertützte die AFL-CIO im Jahr 2000 eine Legalisierung von ArbeiterInnen ohne Papiere, nachdem sie Jahrzehnte lang dagegen gewesen war. Diese Kehrtwende kam zustande, weil ihre Strategien über den dramatischen Rückgang der Mitgliederzahlen bei den US-Gewerkschaften (von 33 Prozent kurz nach dem Krieg auf etwa 12 Prozent heute) besorgt waren und verzweifelt den Klassenhorizont nach einem Sektor mit einer Möglichkeit zur Trendwende absuchten. Sie fanden ihn bei den eingewanderten ArbeiterInnen, besonders bei denen ohne Papiere. Diese ArbeiterInnen waren sehr offen für gewerkschaftliche Organisierung und standen bei den größten und erfolgreichsten Gewerkschaftsschlachten Ende der 1990er Jahre in vorderster Front. Die Idee war, dass diese ArbeiterInnen, wenn sie durch eine Amnestie mehr Rechtssicherheit bekämen, eine neue Welle gewerkschaftlicher Organisierung anführen könnten, ähnlich wie der »Aufschwung« der Arbeiterklasse in den 1930er Jahren von Anfang des Jahrhunderts ins Land gekommenen ImmigrantInnen angeführt

worden war. Zudem würden sie die übrige Welt der ArbeiterInnen zum Handeln antreiben, wenn sie die Macht der ArbeiterInnen am unteren Ende der Lohnarbeitshierarchie verstärkten. Diese Strategie des »Drucks von unten« war natürlich ein kalkuliertes Risiko, aber sie beruhte auf zwei allgemein anerkannten Tatsachen:

- (1) Gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen erhalten viel höhere Löhne und mehr und bessere Sozialleistungen als Nichtmitglieder. 2003 betrug die Gewerkschaftsprämie (die Differenz zwischen gewerkschaftlichen und nichtgewerkschaftlichen Löhnen nach Ausgleich einer Reihe von ArbeiterInnen-Charakteristika wie der Ausbildungsdauer) 15,5 Prozent (für schwarze ArbeiterInnen lag er bei 20,9 und für hispanische bei 23,2 Prozent).
- (2) Bei Untersuchungen äußerte in einem Betrieb nach dem anderen die Mehrheit der nicht gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen den Wunsch nach einer Gewerkschaft.

Die gewerkschaftliche Organisierung hatte also einen nachweisbar positiven Einfluss auf die Löhne, und die ArbeiterInnen wussten das. Was verhindert dann eigentlich eine neue Welle der Organisierung wie die CIO-Kampagnen der 1930er Jahre? Eindeutig die Angst, durch die Beteiligung an einer Organisierungskampagne den eigenen Arbeitsplatz und – mit der permanent in die Köpfe gehämmerten Drohung der Bosse, im Fall einer Organisierung den Betrieb zu verlagern – den der Kollegen aufs Spiel zu setzten. Alles, was den ArbeiterInnen diese berechtigte Angst nehmen könnte, würde ihre Organisierungsmacht und damit direkt ihre Macht bei Lohnkonflikten stärken helfen. Aber im Vergleich zu einem Arbeiter mit US-Pass hat ein eingewandeter Arbeiter, besonders einer ohne Papiere, noch hundertmal mehr Angst vor gewerkschaftlicher Organisierung. Folglich könnte nur eine Legalisierung ihres Status ihrem Schrecken entgegenwirken. Nach Überlegung der AFL-CIO-Denker würde eine Legalisierung zu einem steigenden Organisierungsgrad an der Basis führen, die sich durch die Lohnhierarchie hindurch nach oben hin fortsetzen würde.

Diese Position stößt in der US-Arbeiterklasse offensichtlich auf eine breite Resonanz, wie sich daran zeigt, dass fast drei Viertel der Befragten bei der zitierten Umfrage des Pew Hispanic Center für eine Alternative zur massenhaften Deportation von ArbeiterInnen ohne Papiere eintraten. Aber es gibt

auch viele, die glauben, dass ImmigrantInnen sich negativ auf ihren Status als ArbeiterInnen auswirken. Dabei benutzen sie eine »Ökonomie des gesunden Menschenverstands«, die dem »ehernen Lohngesetz« des 19. Jahrhunderts ähnelt. Laut diesem alten »Gesetz« gibt es einen festen Anteil am Sozialprodukt, der für Löhne ausgegeben wird, den sogenannten »Lohnfonds«, sodass die Löhne umso mehr sinken, je mehr Arbeiter um den Lohnfonds konkurrieren. Die neuere Version kommt dynamischer daher und spricht von Angebot und Nachfrage wie viele moderne Lehrbücher, z.B. Paul Samuelsons *Volkswirtschaftslehre*: »Die Beschränkung des Angebots jeder Art von Arbeit im Verhältnis zu allen übrigen Produktionsfaktoren führt gewöhnlich zur Erhöhung ihres Lohnsatzes; eine Angebotssteigerung wird unter sonst gleichen Bedingungen den Lohnsatz drücken« (Samuelson 1981, Bd. 2, S. 252). Da die Einwanderung mehr ArbeiterInnen verschiedener »Arten« hereinbringt, werden sie hinter einer gleichbleibenden Zahl von Stellen »herjagen«, für die sie qualifiziert sind, was die vorherrschenden Löhne für diese Art von Arbeit senkt. Umgekehrt besteht ein sicherer Weg, die Löhne unter sonst gleichen Bedingungen zu erhöhen, schlicht darin, die Zahl der ArbeiterInnen zu verringern, die sich um denselben Job bewerben, indem man z.B. die ImmigrantInnen von der Jagd ausschließt.

Diese Argumentation klingt vernünftig, so wenig sie auch den BefürworterInnen einer Legalisierung von EinwandererInnen ins Konzept passen. Der auf Kuba geborene US-Ökonom George Borjas ist der berühmteste Verfechter dieser Anwendung des »Gesetzes von Angebot und Nachfrage« auf den »Arbeitsmarkt«. Sein Forschungskonzept war ganz simpel: er unterteilte die Lohnarbeiterklasse in vier Ausbildungsniveaus (ohne High-School-Abschluss, mit High-School-Abschluss, College-Besuch, College-Abschluss) und acht Niveaus von Berufserfahrung (1-5, 6-10, 11-15, 16-20, 21-25, 26-30, 31-35 und 36-40 oder mehr Jahre) und erhielt damit 32 Zellen (oder »Qualifikationsgruppen«, wie Borjas sie nannte). Dann untersuchte er für jede Zelle die Lohnzuwächse und die Veränderungen des Anteils an ImmigrantInnen zwischen 1960, 1970, 1980, 1990 und 2000. Auf Grundlage seiner Ergebnisse schloss er, es gebe »eine negative Beziehung zwischen Lohnzuwächsen und Einwanderung: Am schnellsten stiegen die Wochenlöhne bei den Arbeitern in



jenen Qualifikationsgruppen, die von der Einwanderung am wenigsten betroffen waren« (Borjas 2004). Noch genauer berechnete er kontrafaktisch, wie hoch die Löhne ohne Einwanderer gewesen wären:

»... der Zustrom von Einwanderern zwischen 1980 und 2000 senkte die Löhne für High School-Absolventer um 7,4 Prozent, für College-Absolventen um 3,6 Prozent und sowohl für High School-Absolventen als auch für Arbeiter mit Collegebesuch um etwa 2 Prozent... Ähnlich senkte dieser Zustrom von Einwanderern die Löhne weißer eingeborener Arbeiter zwar um 3,5 Prozent, die Löhne eingeborener Schwarzer jedoch um 4,5 und die Löhne eingeborener Hispanics um 5 Prozent.« (Borjas 2004)

Zur Erklärung der negativen Beziehung benutzt er dann ein Modell von »Angebot und Nachfrage«: »Es scheint, als hätte Paul Samuelson letztlich recht: Wenn Einwanderer die Zahl der Arbeiterschaft vergrößern, sinken die Löhne.« (Borjas 2004)

Es scheint, als werde die Intuition der ArbeiterInnen, die zwar vielleicht die verbalen Übertreibungen und konfrontativen Methoden des Minuteman Projects ablehnen, aber gleichzeitig die legale Einwanderung einschränken wollen und »die illegale Einwanderung als ernsthaftes Problem« ansehen, durch Theorie und Belege gestützt. Aber haben sie recht? Ich denke, nein. Der entscheidende Fund von Borjas war die negative Korrelation zwischen dem Anteil von ImmigrantInnen in einer Qualifikationsgruppe und dem Lohnzuwachs für diese Gruppe: ein niedriger ImmigrantInnenanteil korreliert mit höheren Lohnzuwächsen, ein hoher mit niedrigeren. *Doch eine Korrelation ist noch keine Erklärung.* Selbst wenn seine Korrelation zutrifft, bleibt immer noch die Frage nach dem *Warum*.

Borjas kommt sofort zu dem Schluss, dass die Korrelation sich mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erklären lasse: je mehr Arbeiter, desto niedriger die Löhne. Aber es

gibt keinen Grund, warum das die beste Erklärung sein sollte. Schließlich könnte die Korrelation daher stammen, dass Einwanderer weniger Rechte haben und somit in Bereichen der Wirtschaft, wo sie vorherrschen, die Löhne langsamer steigen als in Bereichen, wo sie weniger in Erscheinung treten. Wenn das die beste Erklärung für die Korrelation ist, würde eine deutliche Verbesserung des rechtlichen Status von ImmigrantInnen, besonders von solchen ohne Papiere, die negative Korrelation zwischen Lohnzuwachsen und dem Anteil von ArbeitsimmigrantInnen höchstwahrscheinlich beenden.

Sogar das allgemeine Gefühl, dass »Einwanderer, besonders Einwanderer ohne Papiere, Jobs annehmen, die die Amerikaner nicht wollen«, kann die Korrelation ebenfalls erklären. Wenn die Löhne für Jobs, die eine bestimmte Qualifikationsgruppe annimmt, sehr langsam steigen, wären diese Jobs schließlich weniger attraktiv für ansässige ArbeiterInnen und sie würden ArbeitsimmigrantInnen anziehen (besonders solche ohne Papiere), und der Anteil von ImmigrantInnen in dieser Qualifikationsgruppe würde steigen. Mit anderen Worten: Bestimmt der Lohnzuwachs die Zusammensetzung einer Qualifikationsgruppe oder umgekehrt?

Diese Unfähigkeit, eine einzelne, offensichtlich beste Erklärung zu finden, rührt von einer offensichtlichlichen Tatsache: Die Bestimmung der Lohnhöhe ist eine komplizierte Sache. Es gibt eine Reihe von Gründen, warum Veränderungen der Lohnhöhe nicht durch Angebot und Nachfrage erklärt werden können. Der wichtigste ist, dass Löhne durch Klassenkämpfe bestimmt werden, deren Regeln selbst umkämpft sind. Zum Beispiel wissen wir, dass Löhne neben der Zahl von ArbeiterInnen von zusätzlichen Faktoren abhängen wie (a) der Organisationsmacht der ArbeiterInnen und (b) den »Reproduktionskosten« ihrer Arbeitskraft. Die Geschichte zeigt, dass ArbeiterInnen, die sich organisieren, unwillige Kapitalisten gezwungen haben, für eine ganze Reihe von Jobs Mindestlöhne (sowie Begrenzungen des Arbeitstages und bessere Arbeitsbedingungen) zu akzeptieren. Die geographische Streuung der Löhne zeigt, dass es *kein festes* Niveau an Hausarbeit und Waren gibt, das nötig wäre, um die Arbeitskraft einer ArbeiterIn täglich oder generationenweise zu reproduzieren. Die Mindestreproduktionskosten für eine bestimmte Art von Arbeitskraft sind das ganze Leben der ArbeiterIn hindurch umkämpft, von der Fabrik, dem Büro oder der Farm bis in die Küche und das Schlafzimmer, und die Ergebnisse unterscheiden sich weltweit grundlegend (und diese Unterschiede machen das aus, was wir oft »Kultur« nennen).

Mit diesen zusätzlichen Elementen der Lohnbestimmung können wir erklären, warum Arbeits-

immigrantInnen für die Kapitalisten attraktiv sind. Erstens ist es für eingewanderte ArbeiterInnen schwieriger, sich mit anderen ArbeiterInnen zusammen zu organisieren, da sie einen eingeschränkten Rechtsstatus haben und Ziel von Rassismus und anderen Formen von Chauvinismus sind. Zweitens werden die Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft bis zu ihrer Ankunft (gewöhnlich als erwachsene, aber junge ArbeiterInnen) von Familien, Communities und dem Staat in ihrem Heimatland getragen. In die USA kommen sie buchstäblich als Geschenke an das Kapital, von den Händen, Herzen und Mutterleibern der Frauen von Mexiko und dem Rest der Amerikas!

Ein weiterer, eher philosophischer Grund, Borjas' Erklärung der Korrelation anzuzweifeln, betrifft den Begriff, den sowohl er als auch Paul Samuelson kommentarlos benutzen, nämlich »den Arbeitsmarkt«. Der Begriff des Arbeitsmarkts setzt voraus, dass die menschliche Arbeitskraft ein Ding ist, das man von seinem »Eigentümer« trennen und auf »dem Arbeitsmarkt« verkaufen kann, so wie materielle Gegenstände (Äpfel, Kohle oder Autos) von ihren Eigentümern getrennt und auf einem Warenmarkt verkauft werden können. Wenn man diese Idee erst einmal akzeptiert, ist der Rest ihres Erklärungsschemas eine Sache des »gesunden Menschenverstandes«. Wie weit die kapitalistische Ideologie bereits ins Bewusstsein der Arbeiterklasse eingedrungen ist, zeigt sich aber daran, dass sie diese Annahme überhaupt treffen können. Die Vorstellung vom »Arbeitsmarkt« ist nämlich ein großartiges Beispiel für Warenfetischismus und Arglist, d.h. für die abergläubische Verwandlung von gesellschaftlichen Verhältnissen, besonders von umkämpften, in einfache Verhältnisse zwischen Dingen. Aber das Vermögen eines Menschen zu arbeiten, das für einen Lohn verkauft wird, kann nicht von seinem Leben getrennt werden, es ist ein Teil seiner Existenz, soll dann aber einem anderen gehören, der Gebrauch davon macht, um Profit daraus zu schlagen. Diese Transaktion wird durch einen unmöglichen Vertrag gerechtfertigt, den ArbeiterIn und Kapitalist mit einem gegenseitigen Akt der Arglist besiegeln. Man kann sein Leben in Wirklichkeit nicht einem anderen verkaufen. Damit der ganze Begriff des Arbeitsmarkts juristisch überhaupt funktionieren kann, wird die ArbeiterIn als EigentümerIn ihrer selbst anerkannt, die Teile dieses Selbst einem anderen in eine Teilsklaverei verkaufen kann! Das erinnert an den berühmten Pakt mit dem Teufel, bei dem dieser eine Seele »kauft«, die in Wirklichkeit aber unveräußerlich ist. Dieses unmögliche, dämonische und metaphysische Kunststück liegt dem Begriff des Arbeitsmarkts zugrunde. Der scheinbare »gesunde Menschenverstand« von Borjas' Erklärung des Einflusses von

Einwanderung auf den Lohn ist schlicht eine Illusion der Macht.

Schließlich kann man, falls man diesen philosophischen Exkurs über die Situation der Arbeiterklasse nicht für eine annehmbare Kritik hält, stattdessen einmal folgenden empirischen Vergleich betrachten:

ArbeiterInnen:	alle	schwarz	hisp.
»Gewerkschaftsprämie«	15,5%	20,9%	23,2%
»Borjas-Lücke«	3,7%	-4,5%	-5%

Die beiden Zeilen vergleichen einfach, wie sich gewerkschaftliche Organisierung (nach Yates) und Einwanderung (nach Borjas) unterschiedlichen auf Lohnzuwächse bei verschiedenen Kategorien von ArbeiterInnen auswirkt. Die »Gewerkschaftsprämie« stellt die »Borjas-Kluft« völlig in den Schatten. Wenn sich etwa schwarze ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisieren, steigen ihre Löhne um fast 21 Prozent, während ihr Lohnverlust durch zunehmende Einwanderung bei 4,5 Prozent liegt. Wenn man diese Zahlen einander gegenüberstellt und die gegenseitige Wechselwirkung zwischen »Gewerkschaftsprämie« und »Borjas-Kluft« ignoriert, ergibt das folgendes: Wenn ein in den USA geborener schwarzer Arbeiter in einem Betrieb arbeitet, wo eingewanderte ArbeiterInnen (nach Verbesserung ihres rechtlichen Status) erfolgreich eine Gewerkschaft aufbauen, und er wird Mitglied, dann steigt sein Lohn durchschnittlich um 16,4 Prozent (20,9 Prozent wegen der Gewerkschaft minus 4,5 Prozent aufgrund der Einwanderung). Unter solchen Umständen wäre die Einwanderung für die schwarzen ArbeiterInnen ganz klar ein Gewinn. Dasselbe gilt auch mit jeweils unterschiedlichen Lohnzuwächsen für weiße und hispanische ArbeiterInnen. Auf die ganze Volkswirtschaft gerechnet bedeutet das dramatische Lohnzuwächse aufgrund einer Verbesserung der rechtlichen Stellung der Arbeitsimmigranten. Aus Borjas' Arbeit kann man schließen, dass ImmigrantInnen, wenn sie in die USA kommen und rechtlos bleiben, die Löhne eingeborener Mitglieder der US-Arbeiterklasse senken, aber wenn sie in die USA kommen und das Recht auf Organisierung bekommen und benutzen, viel zu einer massiv steigenden Löhnen für alle ArbeiterInnen in den USA beitragen!

Die gesplattene Haltung der US-Arbeiterklasse drückt sich diesen Sommer also in einem Rennen zwischen dem Wunsch nach Legalisierung der ImmigrantInnen ohne Papiere und Freisetzung ihres Organisationsvermögens zugunsten des Kampfes für die gesamte Klasse einerseits, und dem Wunsch, alle ohne Papiere abzuschieben und das Kapital möglichst zu zwingen, auf dem Territorium der USA zu bleiben. Wer dieses Rennen gewinnen

wird, ist noch nicht klar, denn die Entscheidung für eine neue Möglichkeit (das Zusammenkommen mit den ImmigrantInnen und Illegalen) ist riskant und kann zu Verlusten führen, wenn die Legalisierung nur zu einem verschärften Wettbewerb unter mehr ArbeiterInnen führt. Die »Si Se Puede«-Demonstrationen haben dem Rest der US-Arbeiterklasse aber gezeigt, dass die Einwanderer ohne Papiere zum Kampf bereit sind und nur die juristischen Möglichkeiten dazu brauchen. Der Weg der Minutemen und ähnlicher Gruppen ist übrigens eindeutig eine Sackgasse, denn das Kapital würde es kaum zulassen, dass sein Kapital in den USA »eingesperrt« wird. Wenn es gezwungen wäre, sich zwischen dieser Option und der Legalisierung aller ImmigrantInnen ohne Papiere zu entscheiden, würde es unzweideutig letzteres vorziehen. Die Frage ist: Wer wird das Kapital zur Entscheidung zwingen?

Schluss: Die Klassenlage im Sommer 2006

Die Unentschlossenheit, die wir nach den »Si Se Puede«-Demos bei US-Kapital und US-Arbeiterklasse beobachten, ergibt sich aus den oben beschriebenen, komplizierten inneren Konflikten in den Klassen. Ich kann nicht voraussagen, in welche Richtung die Debatten innerhalb der Klassen kippen werden und wie dann der Konflikt zwischen den Klassen ausgehen wird. Klar ist aber, dass der Aufstand in den sechs Wochen zwischen dem 25. März und dem 1. Mai mit seiner tiefreichenden Verbindung zu den jüngsten Revolutionen gegen den Neoliberalismus in Südamerika eine andere Art von Arbeiterklassenmacht in den USA verspricht. Es ist jetzt an den eingeborenen US-ArbeiterInnen, ihr Schicksal mit dem entrechtetsten Teil ihrer Klasse zu verbinden. Tun sie das nicht, dann werden unmittelbar zwar am meisten die ArbeiterInnen ohne Papiere leiden, aber sie selbst werden sich ihren Platz im Kozyt der Geschichte sichern, dem gefrorenen Fluss auf dem Grunde der Hölle.

George Caffentzis, Parma am 17.6.2006

Bibliographie:

Bacon, David 2006: Getting No Bill At All is Better than Senate Bill. *New America Media*, Commentary/Analysis (May 25).

Borjas, George 2004: Increasing the Supply of Labor Through Immigration: Measuring the Impact on Native-born Workers. *Center for Immigration Studies* (May).

Justice for Immigrants 2006: Major Provisions of HR4437. www.justiceforimmigrants.org/HR4437.html

Migration News 2006a: Senate: No Agreement, Polls. migration.ucdavis.edu/mn/more.php?id=3176_0_2_0

Migration News 2006b: 12 Million Unauthorized, Jobs. migration.ucdavis.edu/mn/more.php?id=3177_0_2_0

Samuelson, Paul A. 1981: Volkswirtschaftslehre, 2 Bde, Darmstadt.

Yates, Michael 2005: The Statistical Portrait of the US Working Class. *Monthly Review* (April).